

„Nicht so dramatisch wie befürchtet“

Deponie Oberweier: Kreisräte erleichtert über Untersuchungsergebnisse

Rastatt/Gaggenau (mhol) – Bis auf die zwei laufenden Maßnahmen zur Sicherung der Deponie „Hintere Dollert“ in Gaggenau-Oberweier sieht das Mainzer Ingenieurbüro Ingenium Grey aktuell keinen dringenden Handlungsbedarf. Das ergab die erste Untersuchung, deren Ergebnisse Heiko Töhne und Katharina Haßlinger vom Ingenieurbüro bei der Sitzung des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft vorstellten.

„Die Situation auf der Deponie ‚Hintere Dollert‘ ist nicht so dramatisch wie befürchtet“, formulierte Brigitte Schäuble (CDU) ihr Fazit aus der Vorstellung des ersten Untersuchungsberichts. Sie sei erleichtert, dass die Aufarbeitung beginne und diese transparent sei. Die Landkreisverwaltung sei auf dem richtigen Weg, konstatierte auch Robert Wein (Freie Wähler), allerdings brauche es zusätzliche Daten für eine endgültige Beurteilung. Manuel Hummel (Grüne) nannte

das Ergebnis ebenfalls unspektakulär. Vor allem widersprüchliche Aussagen verschiedener Stellen hätten zu dem „Informationswirrwarr“ beigetragen. Es komme jetzt auf die Umsetzung der durch das Ingenieurbüro vorgeschlagenen Maßnahmen an, sagte Walter Jüngling (SPD), darauf müsse das Augenmerk liegen. „Keine tickende Zeitbombe also“, stellte Armin Kellert (AfD) fest.

Diese Einschätzungen waren für Dieter Balle (Linke) zu optimistisch: Die Deponie „Hintere Dollert“ sei keine normale alte „Hausmüllkippe“. Industrieabfälle, mit PFC verseuchter Klärschlamm und Altöl bildeten zusammen eine „Black Box“, die nicht untersucht sei. Deswegen enthielt er sich als einziger Kreisrat dem geänderten Beschlussvorschlag.

Dieser beinhaltete, die Untersuchungsergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und das Ingenieurbüro Ingenium Grey damit zu beauftragen, anhand der Untersuchungsergebnisse die von ihm vorgeschlagenen

Maßnahmen zu planen, auszusprechen und für die Vergabe vorzubereiten.

Dieses Ergebnis soll mit der Bürgerinitiative „Stopp Deponie Oberweier“ besprochen werden – ein Anliegen aus den Reihen der Ausschussmitglieder. Deshalb wird die Vergabe der Maßnahmen in einer der nächsten Sitzungen des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft erfolgen. Ursprünglich war der 23. März 2023 geplant.

Weitere Erkundungen sind notwendig

Acht Punkte, die bei der Übergangs- und der Zentraldeponie in Angriff genommen werden müssen, stellten Heiko Töhne und Katharina Haßlinger den Ausschussmitgliedern vor. Davon werden zwei bereits bearbeitet: Zum einen wird das Sickerwasserkonzentrat nicht mehr in die Zentraldeponie zurückgeführt, sondern speziell entsorgt, zum an-

deren werden die noch freien Teile der Deponie abgedeckt.

Auf der Übergangsdeponie sind zusätzliche Untersuchungen durch Baggerschürfe und Bohrungen des bodenmechanischen Untergrunds notwendig, um genaue Daten über den Aufbau und dessen Dichte zu gewinnen. Die Anzahl der Grundwassermessstellen wird um vier auf zehn erhöht und die Verdolung des Hirschbachs durch eine Kamerabefahrung überprüft. Außerdem sind Baggerschürfe im Abdeckboden geplant, um diesen bodenmechanisch zu analysieren.

Für die Zentraldeponie ist vorgesehen, die Auslöseschwellen in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium zu überarbeiten und die Stand-sicherheitsbetrachtung und -berechnung zu aktualisieren.

Bei der Überprüfung des Abstroms ergaben sich keine relevanten Schadstoffbelastungen: Die Messwerte, auch die von PFC, lagen unter den Grenzwerten der Trinkwasserverordnung.